

**Stefan Seidler**

Mitglied des Deutschen Bundestages



Stefan Seidler, MdB - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Rasmus Andresen, MdEP - 60, rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Delara Burkhardt, MdEP - 60, rue Wiertz, B-1047 Brüssel

**Rasmus Andresen**

Mitglied des Europäischen Parlamentes

**Delara Burkhardt**

Mitglied des Europäischen Parlamentes



Präsidentin der Europäischen Kommission  
Frau Ursula von der Leyen

Per E-Mail

Berlin, 24.10.2024

Bezug:

Anlagen:

**Stefan Seidler, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 5.755

Telefon: 0049 30 227 77197

stefan.seidler@bundestag.de

SSW - Südschleswigscher  
Wählerverband (fraktionslos)

**Rasmus Andresen, MdEP**

Parlement européen

Bât. Altiero Spinelli

Rue Wiertz 60,

B-1047 Brüssel

Raum: 05F158

Telefon: 0032 228 45373

rasmus.andresen@europarl.europa.eu

Fraktion Greens/Efa  
im Europäischen Parlament

**Delara Burkhardt, MdEP**

Parlement européen

Bât. Altiero Spinelli

Rue Wiertz 60,

B-1047 Brüssel

Raum: 12G165

Telefon: 0032 228 57672

delara.burkhardt@europarl.europa.eu

Fraktion S&D im Europäischen  
Parlament

**Bewahrung und Stärkung des Schengen-Raums**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin,  
sehr geehrte Frau von der Leyen,

als Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des  
Europäischen Parlaments wenden wir uns heute gemeinsam an  
Sie, um unserer tiefen Besorgnis über die zunehmende  
Errichtung und Verfestigung von Grenzkontrollen in Europa  
Ausdruck zu verleihen. Der Schengen-Raum, der als ein Symbol  
der europäischen Integration und der Freizügigkeit für Millionen  
von Bürgerinnen und Bürgern steht, gerät immer stärker unter  
Druck.

In den vergangenen Jahren wurden durch die Mitgliedstaaten  
immer wieder Grenzkontrollen nach Artikel 25 bis Artikel 28 des  
Schengener Grenzkodex (sogenannte „vorübergehende“  
Grenzkontrollen) durchgeführt. An den europäischen  
Binnengrenzen führen diese Kontrollen zu einer faktischen  
Suspendierung der Personenfreizügigkeit. Allein in den letzten  
zehn Jahren gab es mehr als 400 Fälle, in denen Mitgliedstaaten  
im Schengen-Raum Grenzkontrollen eingeführt haben, die laut  
den Schengen-Regeln jedoch nur in absoluten Ausnahmefällen  
Anwendung finden sollten. In keinem dieser mehr als 400 Fälle  
hat die Europäische Kommission ihr Recht zu einer formellen  
Stellungnahme genutzt. Das ist für uns nicht nachvollziehbar.  
Dabei sind diese Grenzkontrollen insbesondere in  
grenzüberschreitend stark verwobenen Regionen wie dem  
deutsch-dänischen Grenzland, welches wir als Abgeordnete  
vertreten, eine erhebliche Belastung und führen zu  
schwerwiegenden Beeinträchtigungen im Alltag für  
BerufspendlerInnen, Reisende, Handel, Wirtschaft,  
Kulturschaffende, Auszubildende und Familien.

Seit 2015 sind die vorübergehenden Grenzkontrollen somit gang  
und gäbe im Schengen-Raum, wobei die Kontrollen nach ihrer  
Wiedereinführung regelmäßig nicht beendet, sondern mit

wechselnden Begründungen fortgeführt werden. Hierbei ist jedoch in Frage zu stellen, inwiefern die laut Schengener-Grenzkodex erforderlichen Sachgründe tatsächlich erfüllt sind. Die Entwicklungen im deutsch-dänischen Grenzland sehen wir dabei exemplarisch für die Gefährdung des Fortbestandes der einstigen Freizügigkeit im gesamten Schengen-Raum.

So führt bereits seit etwa neun Jahren die dänische Regierung unter immer wechselnder Begründung neue Grenzkontrollen durch. Auch auf deutscher Seite plant Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach der erneuten Wiedereinführung der vorübergehenden Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen am 16. September 2024 laut ihrer Aussage im Deutschen Bundestag eine Fortführung dieser bis zur vorgesehenen Implementierung des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im Jahre 2026. Auch der Bundeskanzler machte in seinen öffentlichen Äußerungen klar, dass die Bundesregierung plane, diese Kontrollen so lange wie möglich durchzuführen. Dies widerspricht ganz klar dem Tenor einer vorübergehenden Maßnahme.

Diese durch die Mitgliedstaaten getriebene inkrementelle Verfestigung setzt dabei ein fatales Signal: dass Grenzkontrollen zum neuen Normalzustand werden könnten. Dies steht im klaren Gegensatz zum Grundgedanken des Schengen-Raums und der Personenfreizügigkeit in Europa.

Wir appellieren an Sie als Kommissionspräsidentin, sich entschieden gegen solche Entwicklungen zu stellen. Als Abgeordnete aus einer Grenzregion sehen wir es als unsere Verpflichtung an, darauf hinzuweisen, dass diese Grenzkontrollen klar europarechtswidrig sind. Es ist an der Zeit, die Freizügigkeit in der EU entschlossen zu verteidigen. Die Reisefreiheit in Europa, ein zentraler Pfeiler des europäischen Gedankens, darf nicht durch Sicherheitsdiskurse untergraben werden. Sicherheit muss unserer Freiheit dienen und nicht andersherum. Wir brauchen eine verstärkte grenzübergreifende Kooperation und europäische Investitionen in eine moderne Sicherheitsinfrastruktur, die den Schengen-Raum bewahrt und gleichzeitig die Freiheit und Mobilität der Bürgerinnen und Bürger erhält.

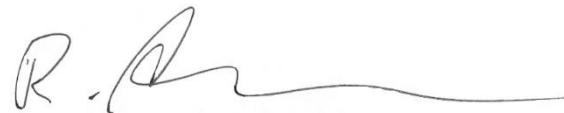
Wir fordern Sie darum auf, mit Nachdruck die Europäische Kommission in ihrer Rolle als Hüterin der Verträge zu stärken und die Mitgliedstaaten daran zu erinnern, dass die Errungenschaften des Schengen-Raums nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Unsere Erwartung an Sie und die Europäische Kommission in  
Gänze ist ein klarer Einsatz für unsere europäische Freizügigkeit  
und die Rückkehr zu einem Schengen-Raum, der ohne  
Grenzkontrollen auskommt.

Mit freundlichen Grüßen,



Stefan Seidler, MdB



Rasmus Andresen, MdEP



Delara Burkhardt, MdEP